

Die „Arbeit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Vorbezug werden sämtliche Posthaltungen berücksichtigt. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Weimargebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 12.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 6-8

Die neugegründete Monatszeitschrift über den Raum kostet 6.— M. einschließlich Postentwurf. Keine Anzeigen: Das gedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Interentwurf. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Belege 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Belege in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 33

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau

Besprechungen mit Loucheur

Der französische Wiederaufbauminister Loucheur hat am gestrigen Mittwoch eine Abordnung von Vertretern der deutschen Arbeiterverbände und deutschen Sachverständigen aus Industrie, Handel und Landwirtschaft empfangen, die in Begleitung von Delegierten des französischen Gewerkschaftsbundes und französischer industrieller, Handels- und Landwirtschaftsverbände dem Minister durch den französischen Gewerkschaftssekretär Marcel Laurent vorgestellt wurden. Laurent hielt Minister Loucheur Vortrag über ein vorläufiges Abkommen, das den raschen Wiederaufbau von elf Dörfern an der Somme (Gegend von Chaulnes) bezweckt, die die Delegation in den letzten Tagen besichtigt hat. Der Wiederaufbau soll sich im Laufe des Jahres 1922 vollziehen. Die Delegierten wiesen darauf hin, daß sie sich in weitestem Maße der Bestimmungen des Wiesbadener Abkommens zu bedienen beabsichtigen.

Minister Loucheur nahm diese Erklärungen zur Kenntnis; es wurde vereinbart, in einer Sitzung am kommenden Montag die praktischen Voraussetzungen für die Durchführung dieses Planes zu prüfen.

Von deutscher Seite nahmen Sassenbach vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Silbermann vom Bauarbeiterverband, Dr. Wagner vom Verband der deutschen Ingenieure und Kaufmann vom Bund der technischen Angestellten und Beamten an dem Empfang teil.

Die Verwirklichung des Wiesbadener Abkommens

CC. Paris, 3. November.

Neben dem gestrigen Empfang der deutsch-französischen Abordnung bei Loucheur bringt der „Matin“ folgenden Bericht des Sekretärs der französischen Technikerorganisation, Francque:

Die Arbeiten werden gemeinsam von der deutschen Organisation der Bauarbeiter und der entsprechenden französischen Organisation ausgeführt werden. Die Arbeiter werden, nach dem Beispiel der Gilden des Mittelalters, zu Gruppen zusammengeschlossen werden. Techniker und Arbeiter werden bei bestimmten Arbeiten eng zusammenwirken. Gewinne dürfen nicht erzielt werden. Es wird keinerlei andere Bezahlung als die der geleisteten Arbeit geben. Es handelt sich für die Franzosen darum, die gelieferten Erzeugnisse in Empfang zu nehmen, nach einem festgelegten Programm zu arbeiten und späterhin eine gewisse Anzahl deutscher Arbeiter nach Frankreich kommen zu lassen. Die vorgesehene Ausgaben sollen 60 Millionen nicht überschreiten. Es sollen 80 Hütten und Wohnhäuser errichtet werden. Durch dieses Beispiel soll darge-

legt werden, was erreicht werden kann, wenn zwischen Deutschland und Frankreich Einnahmen herrscht. Man wird damit auch gleichzeitig zeigen, was eine enge Zusammenarbeit der Arbeiter, wie sie hier in Aussicht genommen ist, leisten kann. Es soll nur an die Arbeit gedacht werden, nicht, wie bisher, an den möglichen Gewinn. Alles dies hat auch Loucheur in seinen Ausführungen dargelegt. Er versichert, daß er dieser Aktion in keiner Weise Schwierigkeiten bereiten werde.

Das „Deuvre“ erzählt hierzu, daß es sich bei den aufzubauenden Ortschaften um eine Gruppe von Dörfern zwischen Chaulnes und Peronne handelt. Fünf dieser Dörfer liegen dicht beieinander, andere verteilen sich auf einen Raum von 30 Kilometer. Im ganzen gab es hier 734 Häuser, die von 3750 Einwohnern bewohnt waren. Hiervon sind nur 1550 in ihre Heimat zurückgekehrt.

Die deutschen Delegierten wurden sehr freundlich empfangen. Auch der Anblick deutscher Arbeiter sieht man ohne Mißbehagen entgegen. Alle Bewohner sind damit einverstanden, daß ihre Entschädigungsschuldverschreibungen in eine gemeinsame Kasse abgeführt werden sollen. Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung soll gegründet werden, in der Deutsche und Franzosen vertreten sein werden. Man nimmt an, daß die 2500 deutschen Arbeiter, auf die man rechnet, zwei Jahre tätig sein werden. Die von Deutschland eingeführten Materialien sollen an Ort und Stelle verarbeitet werden. Beispielsweise sollen 15 Ziegeleien errichtet werden, während bis jetzt dort nur drei in Betrieb waren. Die Häuser sollen nicht nach einer einheitlichen Form hergestellt werden, sondern in verschiedenen Typen, damit man die brauchbarste und billigste ausfindig machen kann.

Diese Pläne nähern sich den Grundgedanken, die die beiden sozialistischen Internationalen und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zur Frage des Wiederaufbaues aufgestellt haben. Es leuchtet ein, daß die Verwendung deutschen Materials und die gemeinsame Tätigkeit deutscher und französischer Arbeiter und Ingenieure nicht nur eine hervorragende praktische Wirkung haben, sondern daß diese gemeinsame Tätigkeit auch besser und eindringlicher als alle Reden und Schriften die deutsch-französische Annäherung fördern wird. Dieses tatkräftige Vorgehen der deutschen und französischen Arbeiter zeigt auch den Regierungen den Weg, wie man, den Willen der Verständigung vorausgesetzt, vorhandene Schwierigkeiten überwindet und unbeeinträchtigt von nationalistischen Vorurteilen und kapitalistischen Sonderinteressen die bestehenden Wirklichkeiten hinwegräumt.

Landwirtschaftliche Zeitfragen

Von Dr. Wilhelm Grunow

I.

Unsere Landtagsfraktion hat bei Beratung des Etats der Landwirtschaftlichen Verwaltung mehrere Anträge gestellt, welche in ihrem ersten Teil die Ueberführung der größeren Landwirtschaft in Gemeinwirtschaft, im zweiten und dritten Teil die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion durch Erleichterung des Bezuges von Dünger, Rohlen, Maschinen, Saatgut und die Zuführung der notwendigen Arbeitskräfte bezwecken.

Bei der Erörterung des zweiten Punktes, d. h. der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion, muß vor allen Dingen in Betracht gezogen werden, daß die dazu vorgeschlagenen Mittel nur in den Händen eines praktisch und theoretisch gebildeten Landwirts wirksam sein können. Wie in der Medizin z. B. die Röntgenstrahlen nur in der Hand des gründlich wissenschaftlich gebildeten Arztes ein segensreiches Untersuchungs- und Heilmittel sind, an und für sich aber ein mitunter sogar schädliches Mittel sein können, so ergeht es auch manchen technischen Errungenschaften der modernen Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft ist eine angewandte Naturwissenschaft geworden. Sie hat in Entwicklung und Charakter große Ähnlichkeit mit der Medizin. Jahrtausendlang ein auf grober Erfahrung beruhendes Handwerk wurde die Heilkunde seit etwa hundert Jahren auf eine naturwissenschaftliche Grundlage gestellt und gelangte dadurch erst zu den jetzigen erstaunlichen Erfolgen. Auch die Landwirtschaft war Jahrtausendlang eine Erfahrungskunde. Die Reformen Schubarts und Thiers betrafen mehr die technische Seite der reinen Wissenschaftler, der Chemiker Liebig, wurde durch seine Untersuchungen der Schöpfer der Agrar- und Fütterungschemie und durch seine berühmte Akademierede vom 28. November 1861 des Hochschulstudiums der Landwirtschaft, somit der Begründer der Landwirtschaft als Wissenschaft. Die Anwendung künstlichen Düngers, seine Tat und wohl der ertragreichste Fortschritt in der Landwirtschaft des 19. Jahrhunderts, ist ein rein wissenschaftlicher Erfolg. Aber erst die letzten Jahrzehnte haben seine Idee der Landwirtschaft als Wissenschaft zum Siege kommen lassen, nachdem auch die Physik und besonders die Bakteriologie des Bodens, Physiologie und Pathologie der Pflanzen und Tiere, Vererbungs- und Züchtungslehre und manche andere reine Naturwissenschaften als für den Landwirt wichtige Wissenschaften anerkannt worden sind. Den gegenwärtigen Stand drückt Kümcker mit den Worten aus: „Wissen ohne Tiefe und ohne Anlehnung an die Praxis und andererseits Empirie (Erfahrung) ohne Wissenschaft führen in der Landwirtschaft zur Unfruchtbarkeit.“

In der Tat. Beugnet sich der Landwirt nicht mit den landläufigen Erfolgen, so muß er in ständiger Sorge sein, nicht auf seinem Gute Landwirtschaft, sondern die Landwirtschaft seines Gutes zu treiben und das kann er nur, wenn er insofern gründlichen naturwissenschaftlichen Wissens (neben der selbstverständlichen gründlichen praktischen Ausbildung) die Vorzüge und Fehler seines Bodens und die in seinem Boden liegenden Möglichkeiten zu beurteilen und auszunutzen versteht. Denn „was für die Scholle paßt, muß auf der Scholle ermittelt werden“, sagt wieder derselbe Kümcker. Um ein Beispiel zu wählen: Es genügt für den Landwirt nicht, die sogenannte Bonität seines Bodens zu kennen, um dann nach allgemeinen Düngungsrezepten des Rosenbers oder seines Vorgängers zu verfahren, sondern der Landwirt muß seinen und speziell seinen Boden physikalisch, chemisch und bakteriologisch studiert haben, um dann auf Grund von gründlicher Kenntnis der Düngungschemie das für den Boden und die zu bebauende Frucht Richtige zu treffen oder durch eigene Kulturversuche festzustellen. Ebenso wie der Arzt nie mehr als Zufallserfolge erzielen wird, wenn er nicht imstande ist, den individuellen Krankheitsfall seines individuellen Patienten individuell zu behandeln.

Welche Erfolge noch zu erzielen sind, das geht daraus hervor, daß ein praktisch gebildeter Wissenschaftler, der Leiter eines abgehaltene Kartoffelkulturs, behauptete, es ließe sich z. B. der Ertrag in Kartoffeln verdoppeln.

An den Erfolgen des Landwirts hat aber nicht nur er selbst im privatwirtschaftlichen Sinne Interesse, sondern das ganze Volk, zumal in dem bodenarmen Deutschland. Deshalb kann das Volk nicht gestatten, daß sein größter Schatz, der Boden, den mehr oder minder großen Kenntnissen und Fähigkeiten der zufälligen Besitzer preisgegeben ist. Ob ein Tischler einen Tisch gerade oder schief baut, das geht letzten Endes nur ihn und den Käufer etwas an; aber schon die Festigkeit eines Gebäudes hat nicht nur Interesse für Baumeister und Besitzer, sondern selbst für alle Leute, die vorbeigehen, deshalb muß sich der Baumeister der Kontrolle der Gemeinschaft unterwerfen. An der Höhe der landwirtschaftlichen Produktion ist die ganze Gesellschaft interessiert, weil

Das Gesetz über die Habsburger

Budapest, 2. November.

In der heutigen Sitzung der Partei der kleinen Landwirte teilte Ministerpräsident Graf Seihien mit, daß er morgen der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen werde, der die Aufhebung der Herrscherrechte König Karls und der Thronfolge des Hauses Habsburg zum Inhalt hat.

In dem Gesetzentwurf heißt es: Die Herrscherrechte König Karls werden aufgehoben. Die Pragmatische Sanktion, die die Thronfolge des österreichischen Hauses regelt, hat ihre Wirksamkeit verloren, und hiermit ist das Recht der freien Königswahl wieder an die Nation zurückgefallen. Die Nation hält die Staatsform des Königtums unverändert aufrecht, verschiebt jedoch die Besetzung des Königtums auf spätere Zeiten und weist das Ministerium an, zu geeigneter Zeit entsprechende Vorschläge zu machen. Das Gesetz tritt am Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Die Partei hat beschlossen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Die ungarische Regierung hat der tschechoslowakischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß sie alle Beschlüsse durchzuführen werde, welche ihr von den Regierungen der Großmächte vorgelegt werden.

Das englische Kanonenboot „Glowworm“ mit Exkönig Karl und Exkönigin Jitka an Bord ist bei Orsova von rumänischen Donauwachen übernommen worden, um es nach Galatz weiter zu geleiten.

Ultimatum des Botschafterrats an Ungarn

CC. Paris, 2. November.

Die Botschafterkonferenz nahm heute unter dem Vorsitz Jules Cambons die Erklärungen des tschechischen Botschafters in Paris, Duskys, über die Haltung der Tschechoslowakei zur Karl-Frage zur Kenntnis. Die Konferenz stellte fest, daß die ungarische Regierung durch den Beschluß, die Habsburger ihres Thrones für verlustig zu erklären, der Kleinen Entente alle notwendige Beruhigung gegeben habe. Damit die Kleine Entente ihre militärischen Vorbereitungen einstelle, beschloß die Botschafterkonferenz, die ungarische Regierung einzuladen, bis zum 7. November die Abhebung aller Habsburger zu vollziehen. Sodann beriet die Konferenz über die Maßnahmen, wie Karl interniert und überwacht werden solle.

Das Abkommen von Venedig

CC. Wien, 2. November.

Seitens der italienischen Regierung ist hier die Mitteilung eingelaufen, daß die Zustimmung der Botschafterkonferenz zum Abkommen von Venedig dahin auszufallen sei, daß auf Oesterreich kein Zwang ausgeübt werden darf, das Abkommen unverändert anzunehmen. Wenn Oesterreich die Vereinbarungen von Venedig für nicht ausreichend hält, so jsthe weiteren Verhandlungen mit Ungarn nichts im Wege. Es werden 1500 Mann interallierter Truppen ins Burgenland entsandt werden, um dort die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die Volksabstimmung in Ledenburg soll nach dem Mutter der Volksabstimmung in Kärnten vor sich gehen.

Die Hilfsaktion für Rußland

Kopenhagen, 2. November.

Nach heutigen Zeitungsmeldungen beschloß das dänische Rote Kreuz eine Hilfsaktion für die nothleidenden Kinder in Rußland, wozu der Staat einen Betrag von 100000 Kronen bewilligt. Außerdem soll in Dänemark eine Sammlung veranstaltet werden. Das Rote Kreuz soll seine Tätigkeit auf der Grundlage der von Fritzof Ransen gemachten Mitteilungen über die Nothlage in Rußland ausüben.

Die schwedische Hilfsexpedition für Samara ist von Stockholm nach Reval abgegangen. Außerdem werden zwei Schiffsadungen Fische von Göteborg nach Rußland übergeführt werden. Der gesamte Wert der Ausrüstung übersteigt 300000 Kronen.

Um die russischen Vorkriegsschulden Die britische Regierung hat gestern eine lange Antwort auf die Sowjetnote, in der sich die Bolschewiken bereit erklären, die Vorkriegsschulden Rußlands anzuerkennen, nach Moskau gesandt. Die britische Note ersucht um Klärung zahlreicher Punkte. Die Sowjetnote nehmte z. B. Bezug auf die zaristischen Schulden, an denen Frankreich außerordentlich interessiert sei, erwähne jedoch nicht die tiefen Forderungen aus tschechischen Anleihen, an denen das englische Kapital in sehr hohem Maße beteiligt ist.

Verbot der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Düsseldorf und Duisburg. Nach einer Mitteilung der Oberpostdirektion in Düsseldorf ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von der Besatzungsbefehde für das neubefreite Gebiet (Präsidentenpfalz Düsseldorf und Duisburg) vom 28. Oktober ab für drei Monate verboten worden. Eine Begründung der Maßnahmen wurde bisher nicht gegeben.

ihre Ernährung davon abhängt; deshalb muß auch diese der Kontrolle der Gesellschaft unterstellt werden.

Es genügt nun nicht, den Landwirten nur die Möglichkeit einer gründlichen Ausbildung durch Schaffung von Akademien und Landwirtschaftsschulen zu geben, man muß sie zwingen sie zu benutzen. Wie wenig man sich auf den guten Willen und die Einsicht der Landwirte verlassen kann, erlehrt man daraus, daß die Bildungsmöglichkeiten nur von einem kleinen Teil aller Landwirte benutzt werden. Und daß ihnen an der Erhöhung der Produktion nichts liegt, geht daraus hervor, daß viele Landwirte heute den Ertragsüberschuss aber größere Reinerträge, d. h. größeren Profit verspricht. Man läßt sogar Ländereien brach liegen und kultivierbaren Boden läßt man unfruchtbar. Das geschah sogar schon vor dem Kriege. Das Lebaer Moor in Pommern gehört zum größten Teil mehreren Großgrundbesitzern. Sie lassen es aber nicht kultivieren, weil sie, wie einer derselben, Herr v. Zihewitz-Kesnow, angab, genug Kulturland hätten. Und das, trotzdem die benachbarte Moorakademie Neuhammerstein nachgewiesen hat, daß man das Land recht ertragreich machen kann.

Die Preußenkrise

Das Zentrum will streiken

Die Zentrums-Parlaments-Korrespondenz droht mit dem Streik der Zentrumsparlei in Preußen. Die Korrespondenz ist von heftigstem Unwillen erfüllt über die Haltung der Demokraten und über die Art, wie diese die Preußenkrise herbeigeführt haben. Mit leidenschaftlichen Worten schildert sie die Situation, in bunten Farben malt sie das Bild, das durch den ewigen Wechsel der Regierungen im Reich und in Preußen entsteht. Das lang ersehnte Ziel, die große Koalition sei in Preußen trotz aller Schwierigkeiten doch allmählich nähergerückt. Anstatt dieser schönen Aussicht sei plötzlich wiederum ein Nichts geschaffen worden, und zwar durch den plötzlichen Schritt der Demokraten. Reiches Lob wird über Stegerwald ausgesprochen. Nur der Sache wegen habe er Riesenlasten auf sich genommen, nur um die große Koalition vorzubereiten. Auch die Sozialdemokraten hätten wiederholt erklärt, daß die bevorstehende Reform der Steuern und der Verwaltung mit der großen Koalition gemacht werden müsse. Dann fährt die Korrespondenz fort:

Unter diesen Umständen war ein Plan herangerückt, von dessen Verwirklichung man sich wohl mit Sicherheit das allmähliche Werden der großen Koalition im Endeffekt versprechen konnte, sofern auf allen Seiten Bereitwilligkeit und Einsicht für seine Durchführung vorhanden war. Die Sozialdemokraten sollten zwei Minister in das Kabinett Stegerwald entsenden, den Innenminister und den Verkehrsminister, auf den das Zentrum verzichtet wollte, die Demokraten sollten ein Ministerium behalten und das Innenministerium aufgeben und die drei beamteten Minister sollten in diesem Ministerium verbleiben. In diesem Falle wäre am Charakter des Geschäftsministeriums also durchaus nichts geändert worden; es hätte als ein Ubergangskabinett, aber mit festerem, stabilerem Rückhalt gelten können, bis die Wege für die breite Koalition vollständig geebnet waren. Die Ausführung dieses Planes hätte, das steht außer Zweifel, die Krise verhindert und die Vorbereitung zu einer politischen Koalition vorberereiten können. Dieser Weg ist nicht zur Durchführung gelangt. Die Demokraten haben durch ihren Beschluß diese Möglichkeit zerstört. Sie werden in ihrem seit einiger Zeit beliebigen Fikzions- und vollen Verantwortung zu tragen haben, wenn sich nun etwa in Preußen die Wiederholung dessen abspielen sollte, was wir in den letzten Regierungskreisen sowohl im Reich als in Preußen schauernd erlebt haben.

Diese Mitteilungen über die Vorgeschichte der neuesten Krise sind ebenso interessant, wie der Rückfall, den die Demokraten bekommen, verdient ist. Das Zentrum, fährt die Zentrums-korrespondenz fort, siehe nach wie vor zu der Überzeugung, daß die breite Koalition unbedingt notwendig sei. Und wenn sie nicht zu erreichen sei, dann würde das Zentrum streiken. Die Zentrums-korrespondenz sagt sehr deutlich:

„Entweder gesteht es, ein breites Kabinett für lange Dauer und mit innerem Halt zu bilden und dem ewigen Wechsel der parteipolitischen Laune zu steuern und die Verantwortung zu stärken, oder aber es könnte sich das Zentrum ernsthaft vor der Frage stellen, ob es nun nicht an der Zeit sei, abseits zu stehen und die Lösung der Krise denjenigen zu überlassen, die sie herbeigeführt haben.“

Wenn diese Aeußerung der Korrespondenz die Auffassung der Zentrumsfraktion richtig wiedergibt, so ist zu erwarten, daß das Zentrum den Versuch machen wird, im gegenwärtigen Augenblick die breite Koalition zu erzwingen, indem es selbst mit dem Austritt aus der Regierung droht. Die Zentrumsfraktion will heute zur Regierungsfrage Stellung nehmen, und die dort getroffenen Entscheidungen dürfen somit für die zukünftige Regierung in Preußen bestimmend sein. Wir sind in der günstigen Lage, die Entwicklung der Dinge ruhig abwarten zu können.

Politische Expresse

Die Reaktionen in der Deutschen Volkspartei sowohl wie bei den Deutschnationalen laufen in aufgeregter Weise Sturm gegen die finanzielle Aktion der Industrie, für die sich der Reichsverband der Industrie seinerzeit erklärt hatte. Die politischen Klopfschreier beider Parteien schöpfen Mut zu solcher Hehe aus der Tatsache, daß die Industrielassen des Westens geführt von den Herren Stinnes und Hugenberg, selbst an dieser Propaganda gegen die Beschlüsse ihrer eigenen Organisation führend teilnehmen.

Die Politik dieser Gesellschaft läuft darauf hinaus, dem gegenwärtigen Regime die Mittel zu sperren und Wirtschaft, Staat und Volk weiter zu ruinieren. Das ist eine Politik der Expresse mit dem Ziel, ein deutschmonarchistisches Regime auf diese Art um so schneller herbeizuführen. Das ist der umgekehrte Bolshewismus, der von der Auffassung ausgeht, daß alle Existenzmöglichkeiten der Demokratie zunächst zerstört werden müssen, damit der Neuaufbau eines monarchistischen Regimes von Grund auf erfolgen könne — mit Blut und Eisen und mit dem Geld der Schwerindustrie, das diesem Regime, wie man erwartet, zuströmen wird. Die Propaganda gegen die Industriekartelle ist nichts anderes als die Vorbereitung einer Herrschaft des weißen Terrors und des Großkapitals über die Volksmassen. Zur Abwehr gegen diese Gemeinheit der „Patrioten“ müssen sich nicht nur die Arbeiter, sondern alle anständigen Menschen zur Abwehr zusammenschließen.

Im übrigen mögen sich die Herren, die gegenwärtig gegen die Industriekartelle zu Felde ziehen, folgendes sehr energisch gesagt sein lassen: Wenn die Industriekartelle nicht schleunigt zustande kommen, dann könnte das nur zur Folge haben, daß die Reichsregierung durch die beschleunigte Einbringung eines entsprechenden Gesetzes zur sofortigen Erfassung der Goldwerke schreiten müßte. Wenn es sein müßte, würde die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit ihre ganze Kraft ausbieten, um den Plan der monarchistischen Reaktionen auf diese Weise zunichte zu machen.

Bestellte Arbeit

Begünstigung der Mörder Erzbergers

Das „Deutsche Abendblatt“ des Herrn Wulle bringt in seiner Mittwoch-Ausgabe an seiner Spitze einen Brief folgenden Inhalts:

Emden, den 3. 10. 21.

An die Redaktion des „Deutschen Tagesblatts“.

Nachdem wir uns in Sicherheit befinden, ist es uns ein Bedürfnis, dem deutschen Volke eine Aufklärung über die Bestattung Erzbergers zu geben. Wir waren nicht die Täter, wir waren lediglich Werkzeuge. Unsere Aufgabe bestand darin, unter vollem Einsatz der Person die Spur auf uns zu lenken und dabei so geschickt zu arbeiten, daß den Tätern reichlich Zeit zur Flucht blieb. Wir glauben, uns dieser Aufgabe gewachsen gesetzt zu haben. Vor der Tat wußten wir nicht, wozum es sich handelte. Unsere Anweisungen lauteten: „Bei

einer polizeilichen Tat den Tätern bedingungslos Hilfe zur Flucht leisten.“ Auch sonder Aufklärung wollen wir nach geben, daß die Anweisungen zur Tat und an uns aus rheinischen Zentrumskreisen gekommen sind; ebenso die recht erheblichen Geldmittel, die die Organisation der Tat erfordert haben. All die Verhafteten, soweit wir ihre Namen aus der Zeitung entnehmen konnten, sind völlig unbeteiligt. Wir bitten um wörtliche Veröffentlichung dieses Briefes, der gleichzeitig in Abschrift an die Staatsanwaltschaft in Offenburg und die Polizeidirektion München geht.

gez. Heinrich Tillessen gez. Heinrich Schulz.

Jeder Urteilsfähige ist sich beim Lesen dieser Zeilen sofort klar über Sinn und Zweck dieses Machwerkes. Es ist ein neuer Trick — aber keineswegs ein guter —, um die Spuren der Täter zu verwischen. Darauf deutet auch der plumpe Hinweis auf rheinische Zentrumskreise als Urheber des Mordes hin. Daß gerade das „Deutsche Abendblatt“ als Organ der Verdunkelung der Mordtatsache fungiert, beweist nur, wie eng die deutschösterreichischen Kreise mit den Mörderbänden liiert sind.

Daß der Brief bestellte Arbeit ist, geht auch ganz deutlich daraus hervor, daß er wohl aus Emden datiert, aber in Berlin zur Post gegeben wurde. Diese ganze Schiebung macht nur aufs neue klar, daß die deutschnationalen und deutschösterreichischen Kreise sich schützend vor die Mörder stellen, nachdem sie durch ihre niederträchtige Hehe den Mord verschuldet haben.

Ausflüchte

Die Verschärfung der Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen

Auf die Anlage des Abgeordneten Huz im „Vorwärts“, daß Maßnahmen im Gange seien, um die Hafenanlagen von Duisburg und Ruhrort an das Privatkapital zu verschärfen, antwortet jetzt die preussische Regierung. Die Aeußerung der Regierung ist eines jener köstlichen Dementis, die alles bestreiten und alles zugeben. Es sei gar nichts geschehen — aber es seien doch, allerdings „unverbindliche“ Verhandlungen über die Umwandlung der Hafenerwaltung und des Hafenbetriebes in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb gepflogen worden. Auch die Gründung einer Hafenbetriebsgesellschaft habe man erwogen.

Das ist im wesentlichen das, was Huz behauptet hat. Die Regierungserklärung betont zum Schluß, daß es sich bei alledem bislang nur um Vorschläge gehandelt habe, die in endgültiger Form noch nicht an die Staatsregierung gelangt sind. Auch dem Landtage konnte infolgedessen noch keine Mitteilung gemacht werden.

Das ist richtig, aber das ändert nichts an den Tatsachen, daß man die Umwandlung des öffentlichen Besitzes in eine Vertriebsgesellschaft und Kapitalisierung für das Kapital vorbereitet hat. Natürlich tut man so etwas in aller Stille und wartet mit dem Hervortreten an die Öffentlichkeit bis zu einem Augenblick, in dem die allgemeine politische Lage solchen Vorhaben günstig ist.

Wir erwarten, daß die preussische Regierung noch im Landtage Gelegenheit bekommen wird, mehr über diese Dinge vorzubringen als dumme Ausflüchte.

Kleine Nachrichten

Die neue Oberschlesien-Note auch in Warschau überreicht. Die jetzt zur Kenntnis der deutschen Regierung gekommen ist, hat die Botschafterkonferenz nach Warschau die gleiche Note über die Gefahren des Eintritts landfremder Elemente in Oberschlesien zugesendet, wie sie am 31. Oktober dem deutschen Botschafter in Paris überreicht wurde.

Neuwahlen in Braunschweig beantragt. Die bürgerlichen Parteien Braunschweigs haben beim Landtage den Antrag gestellt, die Landesversammlung zum 17. Dezember 1921 aufzulösen und Neuwahlen für den 18. Dezember auszusprechen.

Amerikanische Spende für Opiavau. Das Deutsche Rote Kreuz teilt mit, daß der deutsche New Yorker Herald und die Firma Zimmermann-New York für die Hinterbliebenen der Bergarbeiter von Opiavau neuerdings einen Beitrag von 8.000 Mark und 2.400 Dollar an den Reichshilfsauschuß überwiesen haben.

Bei dem Bau des Walsenwerkes ist nunmehr der zweite Stoßen zwischen Waldbau und dem Schächelsee, der der Ueberleitung des Uferwallers zum Walsensee dient, durchschlägen worden.

Wiener Bilder

Von Oscar Nauens Fontana

Immer ist Krieg

Der Direktor der Bank von Philadelphia ging mit seiner Frau durch die Wiener Körntner Straße. Die Oktobersonne schien auf helle Kleider, auf Frauenhosen, auf Männerhosen, auf den schmutzigen Asphalt, auf blanke Automobile, auf Firmenschilder mit Klebenbüchsen.

Der Amerikaner sah mit seinen grauen Augen durch die Goldbrille aufmerksam in die Mittagssut des Großstadimeeres. Seine Frau ging, nein schritt neben ihm sicher aus, wie es sich für eine Meisterin im Tennis und Golfspiel gehört.

Der Mann sah ein Firmenschild: „Baz — Gesellschaft für Einfuhr und Ausfuhr.“ Er zeigte es der Frau und sagte: „Das sind die wahren Bazillen — Gesellschaft für Einfuhr und Ausfuhr. Gesellschaften — Baz — sie werden immer die Sieger bleiben.“ Die Frau erwiderte etwas zusammenhangslos: „Die Tochter John Smiths.“ „Welches John Smiths?“ „Des Präsidenten der Handelsüberseecompanie.“ „Ach so.“ „Hat die Tochter des Markshalls Koch in Kopenhagen kennengelernt und sie in ihre Jagd eingeladen. Sie fahren jetzt zusammen nach Spitzbergen.“

Der Amerikaner blieb stehen. Aus einem Tor schnaubte auf die Straße ein Automobil der englischen Militärmission. Ein Krüppel, der auf dem Rande des Trottoirs die Ausfahrt des Autos den Bogenlenkern der Straße mit erhobener Hand signalisiert hatte, verzogte sich vor den britischen Offizieren und folgte auf zwei Holzbeinen zu der Hauszufahrt zurück, in der er einen Handel mit Schuhriemen und Puzpasta betrieb. Die Frau zuckte bei dem Anblick des Krüppels zusammen und sagte: „Stich, ein Krüppel.“ Der Bankdirektor suchte in der Westentasche mit den Fingerringen seiner in weißen Handschuhen stöckenden Hand nach einer größeren Note und trat zu dem Krüppel: „In welche grauhige Schlacht haben Sie, armer Mensch, verloren die beide Füße?“

Der Krüppel lachte über sein zwanzigjähriges sommersprossiges Gesicht. „Das fragen mich viele. Aber es war in keiner Schlacht. Schon als ich sechs Jahre alt war, haben sie mir die Füße abgehauen.“

„Oh, Sie sein gekommen unter eine Wagen?“

„So war das net. Mein Vater hat kein Arbeit und kein Unterstand gehabt, und Winter war's, und wir haben in einem Neubau geschlafen, und da sind mir die Füße abgefroren, und da ist's halt geschhessen — ja — im Frieden.“

„Rein, nicht im Frieden.“ Ichrie ein danebenstehender hagerer junger Mensch mit gelbem, tuberkulösem Gesicht und sagte leiser,

aber jedes Wort mit gewaltiger Entschlossenheit betonend: „Immer ist Krieg!“ und sah aus seinen flackernden Augen den reichen Mann an wie ein Feind einen Feind.

Der wandte betroffen den Kopf mit den grauen Augen und der Goldbrille ab, ließ die Geldnote in der Westentasche und ging beleidigt weiter.

In der Bankgasse.

In den Tagen, da der Holländer Daniel Duim den Wiener Banken die Milliarden in der Stille abzapfte, ging ich in der Bankgasse an der Rotendruckerei vorüber. Es roch nach Papier, Del, Schweiß, Maschinen, Leim, Kofs. Ein Brodem schlechter Luft, eine Wolke Gestank prackte auf den Vorüberwandernden mit-leblos ein. Ich schlüpfte in die Vorstellung: Noten werden gedruckt, blaue Scheine, braune Scheine, wandern unter die Presse, flattern automatisch hinunter, werden zu Bündeln gehäuft. Geld wird. Und es stinkt. Also ist alles in schönster Ordnung: Geld wird — und es stinkt. So muß es sein.

Aber da packte mich die Frage: Wie geschieht es, daß die fertigen Noten, die durch meine und meine Finger gehen, glatt und glänzend und neutral sind, in nichts mehr ihre Herkunft verraten und weder nach Papier, noch nach Del, noch nach Schweiß, noch nach Maschinen, noch nach Leim, noch nach Kofs riechen?

Doch indem ich so frage, bin ich dem Geheimnis des Geldes so nahe wie der Unvorsichtige einer glühenden Zigarettenspitze. Das eben ist es: Alles Geld, alles Kapital wird so im Schmutz, Stank, Verbrechen, aber geworden, der Presse entflattert, wird es glatt, glänzend, neutral, verrät es in nichts mehr seine Herkunft.

Geld wird — und es stinkt. Aber geworden, wird es geruchlos. Es hat viel Macht, das Geld, dies aber ist seine größte, seine verführerischste, gefährlichste.

Verordnung und Erlaß.

1918 starb der Assistenzarzt am Wiener Rudospital Dr. Rudolf Bogal an einer Grippe, die er sich bei der Operation eines Grippekranken geholt hatte. Die Witwe mit ihren Kindern verlangte nach dem Epidemiegesetz eine Verforgung. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung (soziale, ja so heißt es) wies den Verforgungsanspruch ab, weil die Grippe erst kurze Zeit nach dem Tod des Assistenzarztes im Verordnungsweg (man beachte: im Verordnungsweg) als „anzeigepflichtige Infektionskrankheit“ erklärt worden war. Die Witwe mit ihren Kindern hungerte, verzte hallen ihr, die Witwe wandte sich an den Verwaltungsgerichtshof, der in Oesterreich die letzte Instanz ist. Und vor ein paar Tagen hat der Verwaltungsgerichtshof entschieden — gegen die Witwe entschieden, gegen den Opostord des Arztes entschieden. Wohl sei die Grippe 1917 durch einen Erlaß der Sanitätsbehörde als „anzeigepflichtige Infektionskrankheit“ erklärt worden, aber eine so wichtige Angelegenheit wie die Anzeigepflicht einer Krankheit

könne nicht durch einen Erlaß, sondern — nur durch eine im Gesetzblatt verlaubliche Verordnung geregelt werden. Da eine solche Verordnung zur Zeit des Todes des Assistenzarztes nicht bestand, sondern erst später im Gesetzblatt erschien, habe die Witwe keinen Verforgungsanspruch.

Eine Behörde erläßt einen Erlaß, aber er gilt eigentlich nicht, weil er eine Kompetenzüberschreitung ist, weil eine so wichtige Angelegenheit nur durch eine Verordnung geregelt werden kann. Daß dagegen der Lebenskampf einer Witwe eine weniger wichtige Angelegenheit wird, ist bei solchen Behörden selbstverständlich, wichtig bleibt nur die Unterscheidung zwischen Verordnung und Erlaß! Diese paragraphierere, kaltschleierne Ungehewerlichkeit ist nicht nur der Geist eines noch immer nicht verstorbenen Oesterreichs, das Viktor Adler mit den Worten „Absolutismus, gemildert durch Schlamperei“ umgrenzte und brandmarkti, sondern der Geist aller Bureokratie, aller Staatlichkeit, die den Menschen austreibt, ins Rasenrad wirft und über dem fallenden Leichnam im Angesicht der hungernden Hinterbliebenen darüber bispuziert, ob an Stelle eines Erlasses eine Verordnung hätte erlassen werden müssen oder nicht.

Ein niederlämmernder Theaterabend war die Aufführung von Alexander Bissons berühmtem Schauspiel „Die fremde Frau“ in der Tribüne. Als das Licht nach dem 4. Akt wieder aufging, sah man ein völlig verweintes Publikum, Männer mit nassen Augen, und die Frauen — einige hatten so verschwommene Gesichter, als ob sie seit Stunden geweint hätten. Das Stück hat tatsächlich eine geradezu furchtbare Wirkung, und alle Versuche von sogenannten ersten Kritikern, diesen Erfolg auf „Mache“ zurückzuführen, sind geradezu kindlich, nachdem dieses Stück seit, glaub ich, zwei Jahrzehnten in tausenden Aufführungen auf der ganzen Welt stets so gewirkt hat. Eine Frau hat ihren Mann verlassen. Ihr Kind liegt auf dem Krankenbett, sie schleicht nach Hause zurück, um es wiederzusehen. Aber ihr Gatte, der Staatsanwalt, weist sie zurück. Zwanzig Jahre später kommt sie krank, verelbt und heruntergekommen mit einem Gauner von Liebhaber zurück. Ehrenmann, der er ist, will er durch Erpressungen vom ersten Gatten Geld heranzuscholen. Dieser Apache soll in das Haus ihres Sohnes kommen, sich vielleicht als ihren Mann ausgeben und Lumpereien begehen? Niemals. Sie bittet, sie sieht, sie verperrt die Tür. Er hebt die Faust, sie den Revolver und schießt.

4. Akt, der furchtbare Akt, Verklöschene! Sie oben, alt, versteinert und grau, im Angellagentügel. Unten vor ihr ein junger Rechtsanwalt, der debütiert. Die Angellagte spricht keine Silbe. Der Staatsanwalt hat genügend und das Wort erhält zur Verteidigung Raymond Fleuriet. — der Sohn der Mörderin. Er spricht aus ahnender Seele heraus. In der Nähe steht sein Vater,

Wehrpflichtersatz

Sie sind uns leider zu früh dahintergekommen!

Zu der „Vossischen Zeitung“ von gestern abend antwortet Leutnant Carl Diem auf unseren Artikel: „Die verkappte Wehrpflicht“. Die Schnelligkeit und Ausführlichkeit, mit der Herr Diem diesmal reagiert hat, zeigt uns, daß wir auf dem besten Wege sind, ein reaktionäres Komplott gegen die Freiheit unserer Jugend zugunsten eines „Wehrpflichtersatzes“ erfolgreich zu durchzuführen. Nach den erregten Ausführungen des Herrn Leutnants gibt es nichts Harmloseres, als den famosen Besetzungswurf über die körperliche Übungspflicht. Alle Nebenabsichten, die wir ihm „angedichtet“ haben, entbehren jeder Begründung. Die Jugend solle nur gezwungen sein, zu turnen und Sport zu treiben. Wo das geschähe, sei ganz gleichgültig — und wäre es selbst im Turnverein „Fichte“. Vorurteillosler kann man doch gar nicht sein!

Herr Leutnant Diem muß die Arbeiter immer noch nach Kaiserhofmachelei einschämen, sonst könnte er sich von solchem „Dementi“ keinen Erfolg versprechen! Wir leben uns die Wüter und Götter eines „Gefahrenjahres“ an, an dem die Militärs angeblich gänzlich unbetellig sind, und siehe da, wir stoßen auf Herrn Leutnant, dessen militärische und reaktionäre Gesinnung außer Zweifel steht, und wir finden Herrn Dominicus, der erst neulich von der Landtagstribüne seinen Stolz in alle Lande hinausgeschmettert hat, preußischer Hauptmann zu sein. Halten wir da oben, daß der ärztliche Verächter des famosen Gedankens Herr Geheimrat August Bier, Generalarzt der Marine ist, ja bedarf es für keinen Arbeiter einer weiteren Aufklärung.

Nach darüber kann Herr Dr. Diem nicht hinwegtäuschen, daß die körperlichen Leistungsprüfungen in der Studentenschaft ihre wohlerwogenen Gründe haben. Wie man im Ausland darüber denkt, beweist eine Zeitschrift aus Tschechoslowakien an die „Weltbühne“, in der es heißt: „Es fällt mir nicht ein, etwas gegen den Wert, ja die Notwendigkeit der körperlichen Ausbildung zu sagen . . ., aber daß irgendein Springritze einen von der Ablegung einer wissenschaftlichen Prüfung und der Erlangung eines akademischen Grades soll abhalten können: vor solchem Schauspiel verhalten sich wohl . . . sämtliche Mäusen schauernd ihr Haupt. Habt Ihr denn in Deutschland jedes Gefühl für die Würde der Wissenschaft und der Person verloren?“ Man braucht nicht so weit von Berlin zu fliegen, um zu erkennen, daß hier ein System geschaffen werden soll, um den Künstlern an Red und Barren Vorteile im akademischen Examen zu erwirken, die ihnen nicht gebühren.

Im übrigen kann man sich alle Worte gegen Herrn Diem und seinen Plan sparen. Man braucht nur zu berichten, daß längst zwei feind bekannte, monarchistische Professoren der Berliner Universität sich über unsern Artikel „Verkappte Wehrpflicht“ unterhielten und mit ausföhrlichem Bedauern feststellten: „Leider sind sie uns zu früh dahinter gekommen!“

Jawohl, wir sind rechtzeitig dahintergekommen und das neue Krümpersystem des Herrn Diem wird so wenig in die Wirklichkeit umgesetzt werden, wie andere Machenschaften seiner Gesinnungsfreunde.

Bürgerkrieg und Kartoffelnot

Der Oberpräsident Hörning von der Provinz Sachsen läßt in einem Aufruf neue Putzgeschensperre aufmarschieren. Noch mehr: Er trifft sogar Vorbereitungen für ihre Abwendung. Er erläßt einen Aufruf, in dem es heißt:

„Mit allen Mitteln muß dahin gestrebt werden, daß möglichst schnell und in genügenden Mengen Kartoffeln der verbrauchenden Bevölkerung zugeführt werden, wenn ernste Unruhen und Gewaltmaßnahmen schlimmer Art seitens der verzehrenden gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung vermieden werden sollen. Ueber deren bevorstehende Möglichkeit können hier sichere Nachrichten vor. Im Hinblick auf die Versorgung vor allem der städtischen Bevölkerung, sowie des öffentlichen Friedens richten wir das dringende Ersuchen an die Landwirtschaftskammern, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um die landwirtschaftlichen Kreise zu einer reichhaltigeren, billigeren und schnelleren Herabgabe der Kartoffeln zu veranlassen.“

Die Andeutungen Hörnings werden ergänzt durch Spulgeschichten, die von der reaktionären Presse verbreitet werden.

der Generalstaatsanwalt der Rede zu folgen, Jetzt hat er die Wöberlein erkannt. Es ist seine Frau. Im Verhandlungssaal sieht die alte Wirtschaftlerin des Hauses. Auch sie hat die Wöberlein erkannt. „Das ist ja unsere Jacqueline“, heult sie heraus. Der Sohn zeigt indes mit so flammender Begeisterung daß nur Liebe, nur die Härte eines Mannes hinter der Tat stehen können, daß sein französischer Geschworener danach sein „Schuldig“ sprechen dürfte. Und wirklich sie wird frei, aber nur für wenige Minuten.

Der Sohn hat indes alles erfahren. Er warmt die herabgekommene Geleiste, er der junge, reiche Anwalt, und sagt, worauf sie lebend wartet, „Meine Mutter“. Das ist zuviel. Sie stirbt.

So passend der Stoff ist, er würde nicht wirken, wenn nicht Siffons kaum übertreffbare Kunst der Szene und des Dialoges von stiftlichen Ideen getragen würden. Gemüth ist Siffons kein „Dichter“, sondern nur ein allerdings außerordentlicher Schriftsteller. Aber die großen Ideenkräfte, die die französische Literatur durchdringen, der Gedanke der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, ist in Siffons lebendig, er ist es, der uns über die dramatische Spannung hinaus in Erregung hält. Man kann wohl sagen: welche unglaublichen Zufälle. Aber man sagt es nicht. Sondern fühlt erschüttert: Ja, so furchtbar kann nur das Leben mißfallen. Diese Frau hat viel gelitten. Auch sie, auch sie ist ein Opfer unserer Gesellschaft.

Die fremde Frau war Rosa Balelli. Es war eine ganz große Leistung, passend, elementar, so stark wie das Stück selbst. Fast ohne Schauspielkunst — mit Urkraft alles herausgebracht, fast zu stark für unsere Kerden. Der Vater von Erich Walter war seine, diskrete Schauspielkunst und der junge Schriftsteller Walter Rilla debütierte als Anwalt und Schauspieler mit höchstem Erfolge.

Das europäische Buch in Japan. In der Japan-Sondernummer berichtet „Manchester Guardian“ über eine Buchhandlung Maruzen in Tokio und lenkt das besondere Interesse auf die dort eingerichtete Abteilung der ausländischen, insbesondere europäischen Bücher, womit interessante Angaben über das Interesse des jetzigen Japans an der europäischen Literatur überhaupt verknüpft sind. „Kein Buch“, so heißt es dort, „das seit einem Jahre oder „just out“ auf irgendeinem Gebiete der Kunst oder Wissenschaft erschienen, das nicht hier in den Regalen zu finden wäre.“ Aus der Flut der deutschen Veröffentlichungen der Nachkriegszeit ist das beste Material über Sozialismus, Betriebsräte, Gewerkschaften, gesellschaftlicher Wiederaufbau usw. zusammengestellt worden. Es gibt in London oder Berlin wohl keinen Buchladen, dessen Bücherauslese die jetzigen Denkart der Nationen so ausgemüthet und so bequem zugänglich gemacht hat. England und Deutschland scheinen in hervorragendem Maße das Interesse des jetzigen Japans zu besitzen, denn die beiden Hauptbuchhandlungen, von denen jede fast eine Hälfte des Saales einnimmt, sind die englische und die deutsche.

Zu einigermassen handgreiflichen Nachrichten verdichten sich diese Geschichten in der „Täglichen Rundschau“, die mitzuteilen weiß, daß in Eisen und mehreren benachbarten Ortsteilen militärische Aktionen der Schutzpolizei vor sich gehen. Alle Zugangsstraßen wurden durch drei Hundertschaften besetzt. Es wurden viele Hausdurchsuchungen nach Waffen und Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen. Einige Verhaftete wurden nach ihrer Vernehmung wieder entlassen.

Nach den Enthüllungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Vorgänge im März haben wir zu der Leitung der Schutzpolizei in Mitteldeutschland nur noch das stärkste Mißtrauen. Wenn Hörning selbst erklären muß, daß der maßlose Kartoffelwucher der landwirtschaftlichen Kreise Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen hat, die ihn das Schlimmste befürchten lassen, dann sollte er die Schutzpolizei um so sorgfältiger aus dem Spiele lassen, denn es hat sich bisher immer erwiesen, daß militärische Maßnahmen Unruhen nie vermieden, sondern stets dort hervorgerufen haben, wo sie ohne das Eingreifen des Militärs noch vermeidbar gewesen wären.

Aufbietung des Stahlhelmbundes in Halle

Hörning sollte um so vorlässiger sein, weil die Reaktionen in Mitteldeutschland ohnehin nach neuen Blutorgien ledigen. Die „Kreuzzeitung“ kündigt den Bürgerkrieg an und verrät zugleich die Leute, die ihn hervorgerufen trachten. Das Blatt läßt sich aus Halle schreiben:

„Die gesamte sozialistische Presse Halles darf . . . ungestört zu Gewalttätigkeiten gegen die rechtsgerichtete Bevölkerung und zum Ansehoren gegen erlassene Verordnungen aufziehen . . . Insbesondere darf sie ihre Anhänger zur Verübung von Gewalttätigkeiten an dem General v. Lettow-Vorbeck aufrufen, der am kommenden Sonntag, den 6. November, in Halle zu sprechen gedenkt. Es wird offen aufgefordert, den General hier in Halle ebenso zu mißhandeln wie es jüngst in Jena geschah, ohne daß die Polizeibehörde dagegen einschreitet. Da für den kommenden Sonntag von nationaler Seite Abwehrmaßnahmen ins Auge gefaßt sind (Aufbietung des Stahlhelmbundes und des Deutschvölkischen Wandzuges), so wird leider mit blutigen Ereignissen zu rechnen sein.“

Wenn diese Gesellschaft so sicher mit blutigen Ereignissen angetan sein, solche hervorgerufen. Daß die Arbeiter blutige Zusammenstöße stets vermeiden und vermeiden müssen, weil sie ohne Waffen sind, weiß jedes Kind. Ebenso bekannt ist aber, daß die monarchistischen Verschwörer noch genug Waffen in der Hand haben. Sie haben ihre „Abwehrmaßnahmen“ also anscheinend auf den Gebrauch der Waffen eingerichtet und kündigen nun froh den Bürgerkrieg an, falls Herr v. Lettow-Vorbeck am Reden gehindert werden sollte. Sie werden ihre bewaffneten Bänder, die sie sogar nomhaft machen, „aufbieten“. Wie stellen sich die Polizeibehörden und Herr Hörning dazu?

Noch ein Befehrer!

Man schreibt uns: Im Freistaat Oldenburg haben wir einen „demokratischen“ Großgrundbesitzer Tanzen als Ministerpräsidenten. Derselbe erklärte wiederholt unsern U. S. P. Vertretern im Landtage gegenüber: „Was Sie wollen, ist die frasse Zwangswirtschaft. Dafür bin ich nie zu haben. Der Oldenburger Bauer ist frei und will frei bleiben.“ Tempori mutantur! (Die Zeiten ändern sich!) Vor jitzta 14 Tagen erklärte er den bei ihm in der Kartoffelverformungsfrage vorstehenden Vertretern der Arbeitnehmers gegenüber, daß er sich „nunmehr für die Zwangswirtschaft der Kartoffeln einsehen werde, nachdem er eingesehen habe, daß er nicht anders mit den Erzeugern fertig werde.“

Und am Dienstag, den 1. November, spricht derselbe Ministerpräsident Tanzen in einer großen Verbraucherversammlung“ in Oldenburg über die Kartoffelversorgung, vorsichtigerweise freilich (echt demokratisch!) ohne Zulassung freier Aussprache!

Große Nachfrage herrscht besonders nach den Schriften von Bertrand Russell, wodon große Sendungen in ganz kurzer Zeit verzerrt sind. Unbegrenzt ist auch die Nachfrage nach Marx' „Kapital“ sowie den Werken von Tolstois. Aus der englischen Literatur wird überhaupt alles Wichtigere über Kapital und Arbeit, Genossenschaftswesen und andere Formen des Sozialismus eilig verlangt. So ist infolge des Eindringens europäischer Ideen denn auch ein starkes Zurückgehen des Konteraktivismus in Japan, zumal in den Hauptstädten, zu bemerken.

Rezept für Reichstagsabgeordnete. Bei der letzten Reichstagswahl in Schweden fand sich auf einem Stimmzettel das folgende Rezept zur Herstellung idealer Abgeordneter. Man nehme: Parteipolitik 42 Gramm, blumenreichen Redeschwung 18 Gramm, Selbstgefälligkeit 18 Gramm, Anpassungsfähigkeit 8 Gramm, Maßigkeit 8 Gramm, Populärtheilnahme 8 Gramm, demagogische Finten 8 Gramm, politische Einigkeit ein zweieunddreißigtel Gramm (kann schlimmstenfalls fortbleiben).

Man mahle alles in der Parteidmühle unter Zufuß von Wasser und Alkohol, bis die Masse teigig ist. Bei der Zubereitung von Stockholmer Abgeordneten nehme man nur Alkohol, je stärker, desto besser. Die Masse wird dann in Parteiform gegossen. Die so gegossene Figur wird dann dem Wind der öffentlichen Meinung ausgesetzt, bis sie so hart ist, daß sie leichtem Fingerdruck widersteht, worauf sie zur Verwendung in den Reichstag fertig ist.

Zur deutsch-französischen Annäherung. Die Akademie der Wissenschaften wählte gestern den Professor Andrade von Belancon zu ihrem Korrespondenten in der Abteilung für Mechanik. Acht Mitglieder hatten für Professor Einlein gestimmt. Die Zeitungen besprechen dieses Anzeichen einer intellektuellen Annäherung zwischen den französischen und jenen deutschen Gelehrten, die die Kundgebung der 33 nicht unterzeichnet haben, im allgemeinen günstig.

Tages-Notizen

- Marin Gorki ist heute früh in Berlin angekommen. Er fährt von hier zur Rur nach Hamburg.
- Hedraeus Heuler, der berühmte deutsche Rechtsgelehrte an der Universität in Saiz, ist im 87. Lebensjahr gestorben.
- Wettbewerblche Wählerversammlungen. Der Kubrak veranstaltet im Laufe dieser Zeit im Großen Schauspielhaus eine Reihe wettbewerblcher Wählerversammlungen mit dem philharmonischen Orchester unter Leitung von Klaus Vring selbst. Zunächst sind in Aussicht genommen die 1., 2. und 3. Einzüge des Wählers.
- Kinderhilfe für die Hungernden in Kurland. Toller hat den Antrag seines neuen Kolonnenführers „Die Kolonnenführer“ der Kinderhilfe für die Hungernden in Kurland zur Verfügung gestellt; Johannes K. W. hat einen Teil des Geldes.
- Englische Seminar der Universität. Am Freitag, 6. Uhr, abendliche Dorotheen, 8. englisch-amerikanische Fortsetzung von England über Unruhen über politische und literarische Probleme. Vierter Vortrag von Raymond Spring, amerikanischer Zeitungsvorleger, über „Krisen Instabilität“.
- Wahlversammlungen nach Westfalen. Sonntag, 6. Uhr, im Kaiser-Friedrich-Museum (Abteilung Deutsche Geschichte), im neuen Museum (Kaiser-Friedrich-Museum) und in der Sammlung für deutsche Weltkunde (Kaiser-Friedrich-Museum) der Beginn des Eingangs der Wähler.

„Arbeitslosensfrei“ in Berlin

Die kommunistische Arbeiterpartei, die noch immer einen Grad revolutionärer sein will als die anderen Arbeiterparteien und dadurch oft genug als äußerster Extrem in die Gemeinschaft der Extreme von rechts gerät, hat eine neue „Aktion“ eingeleitet. Unter der Anführung von Fichtmann und Fischer sind sogenannte „Aktionsausschüsse“ der Arbeitslosen gebildet worden, die keineswegs die Stimmen der Mehrheit der Arbeitslosen erhalten haben, sondern nur als Treiberein einzelner Anwerber anzusehen sind. Die Wirksamkeit dieser Aktionsausschüsse äußert sich darin, daß zum Teil Angehörige der K. A. P. D.-Jugend auf den Arbeitsnachweisen, wie es in der Wasserhauser Straße geschehen ist, die älteren Arbeitslosen aus den Räumen zu drängen und zu bestimmen suchen, den Arbeitsnachweis zu boykottieren.

Dazu werden von diesen Ausschüssen Forderungen erhoben auf sofortige Zahlung einer Extrabeihilfe von 1000 Mark, unentgeltliche Lieferung von Feuerungsmaterial und Kartoffeln und Erhöhung der Unterstützungssätze entsprechend der Teuerung. Wie wir erfahren, stehen die von allen Arbeitslosen gewählten Erwerbselemente auch der K. A. P. D. diesem Vorgehen fern. Es ist wohl auch ohne weiteres einleuchtend, daß durch einen Boykott der Arbeitsnachweise praktisch nicht nur nichts erreicht wird, sondern daß die K. A. P. D. auf diese Weise die Geschäfte der Unternehmer besetzt, die von jeder nach der Ausschaltung der Arbeitsnachweise streben. Es zeigt sich also auch hier wieder, daß dieser extreme Radikalismus praktisch nicht zur Vertretung der Arbeiterinteressen führt, sondern sich gegen ihre eigenen Interessen richtet. Außerdem dürfte auch den Arbeitslosen bekannt sein, daß die Bewilligung derartiger Forderungen bei der Zahl der Berliner Arbeitslosen Summen erfordert, die die Gemeinde Berlin von sich aus nicht ohne weiteres aufbringen kann.

Arzt und Kartenlegerin

Ein unsauberes Kompaniegeschäft.

Vor dem Schwurgericht in Potsdam hat ein Prozeß gegen den 53jährigen praktischen Arzt Dr. med. Karl Steußloff und gegen die 49jährige Kartenlegerin Frau Bertha Mewes, beide aus Rathenow, zu Verhandlungen von ständischen Zuständen geführt.

Die M. war weit und breit als Kartenlegerin bekannt. Ihr Haus in der Großen Baustraße zu Rathenow gleich manchem einem Hotel. Mit Droßkeln und Kutschen kamen die Patientinnen vorzufahren, um dort auf Tage und Wochen zu verweilen. Die „Meinen“ Fälle machte die Mewes, die großen Dr. Steußloff.

Im Zimmer, in dem die Kurfürsterin verfrankt und Kollasche besprach, machte dann Dr. Steußloff operative Eingriffe an Frauen und Mädchen. In einem Zimmer, in dem die Kartenlegerinnenparis ausgeübt wurde, wurden auch Kartosen vorgenommen. Oft schrieb die an hohem Fieber erkrankten Patientinnen um Hilfe. Irgendeine Zimmernachbarin hielt dann die Rat und Hilfe suchenden Frauen an den Beinen fest, die Kurfürsterin Mewes gab Kartosen und Steußloff operierte. Frühgeburt von fünf und sieben Monaten blieben dann oft tagelang in der Behausung liegen, oder die Mewes wusch sie in Zeitungspapier und warf sie „auf den Hof“. Hier mußten die Patientinnen oder der Schwann die Pakete vergraben. Dr. Steußloff forderte 300 bis 600 Mark für einen Eingriff.

Patientinnen mit 40 Grad Fieber schickte Dr. Steußloff ruhig nach Hause. Ein Opfer wurde sterbend auf der Straße angetroffen. Zwischenzeitlich bekam dieser Arzt, der an Lues erkrankt war, Tobfuchtsanfälle. Patientinnen wurden in der Karlose unter seinen Händen ohnmächtig, die Operation mußte unterbrochen werden, und mit hohem Fieber ließ der Angeklagte junge Mädchen laufen.

Der Patientinnen austauch zwischen Arzt und Kartenlegerin nahm derartig skandalöse Formen an, daß man schließlich Dr. Steußloff verhaftete; aber nur auf sechs Wochen. Das Treiben begann von neuem. Es ging solange, bis wieder eine Patientin in der Wohnung des Arztes bran glauben mußte. Während es ohne jede Wissen eine Frühgeburt herbeiführte, gab die Patientin nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Der Bräutigam dieses Opfers, der im Nebenzimmer wartete, bat den Arzt, noch einen Arzt zuzuziehen. Dieses lehnte der Arzt ab und meinte, sie müsse ja doch sterben.

Nach dem Gutachten der medizinischen Sachverständigen hat der Angeklagte dieses Opfer buchstäblich verbluten lassen. Als ihm der Tod gemeldet wurde, versuchte er einen Selbstmord auszuüben. Jetzt erst brachte man Dr. Steußloff nach Neuruppin in die Irrenanstalt. Dr. Hagemeyer aus der Anstalt Neuruppin bezeichnet den Angeklagten als einen Menschen mit erheblichem Schwachsinn und moralischem Defekt. Kreismedizinalrat Dr. David befandete, daß der Angeklagte das letzte Opfer geradezu furchtbar zugerichtet hatte. Auch er bezeichnete den Arzt als geistig minderwertig, hielt aber den 51 für nicht anwendbar.

Nach zweitägiger Verhandlung wurde das Urteil gegen 5 Uhr nachmittag im Prozeß Dr. Steußloff und Genossen gesprochen. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurde der Angeklagte Dr. Steußloff der Verbreitung (§ 219) und der schließlichen Tötung für schuldig befunden und zu zwei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Angeklagte Mewes wurde wegen Verbreitung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Anträge auf Strafausschub wurden abgelehnt.

Ohrfeigen als Erziehungsmittel

Dieses so oft und scharf geprügte Strafmittel, welches in vielen Fällen schwere gesundheitliche Schädigungen der bestraften Kinder zeitigt, scheint heute noch sehr im Schwünge zu sein. Ein erneuter Fall, der uns mitgeteilt wird, muß die Schulaufsichtsbehörde zur Befestigung dieses so gefährlichen Züchtigungsmittels veranlassen, wenn nicht die Elternschaft, die durch solche Vorwommisse in harte Erregung gebracht wird, einmal zur Selbsthilfe schreiten soll. Der in der 28. Mädchenkule (Hohenlohekschule), Gohlerstr. 61, amtierende Lehrer Thiele scheint sich von dieser Erziehungsmethode noch nicht befreit zu haben, denn ein von demselben in der Klasse auf diese Art gestraftes Kind, welches schon kapplend ist, wurde danach bettlägerig, welf eine Entzündung des Trommelfells eintrat. Das vorgelegte ärztliche Attest bestätigt dieses. — Sache der Elternbeiträge sollte es sein, die dortigen Züchtigungsmethoden mal unter die Lupe zu nehmen; es kann nicht angehen, derartigen Erziehern noch weiterhin Kinder in die Hände zu geben.

Die Unterrichtskurse für Arbeiter E. B. nehmen noch Hörer auf. Gelehrt wird richtig Deutsch sprechen, Schreiben und sicher Rechnen. Jeder Kurs dauert 12 Wochen, einmal wöchentlich, abends von 7½ bis 9¼ Uhr, und kostet 5 M. Arbeitslose erhalten Freikosten. Der Unterricht wird in folgenden Schulen erteilt: Giesstraße 23a, Niederwallstr. 12, Gleimstr. 49, Bodumer Str. 8, Neufölin, Kaiser-Friedrich-Str. 208-10, Klauenberg, Rathausstr. 8, und Marktstr. 23. Anmeldungen werden entgegengenommen: Montag, 7. XI., Marktstr. 23, Dienstag 8. XI., Bodumer Str. 8, Mittwoch, 8. XI., Niederwallstr. 12, abends von 7½-9 Uhr.

Verwaltungsbezirk Cöpenick. Die Deputation für Kunst und Bildung veranlaßt am Sonntag, den 6. November, abends 7½ Uhr, in der Aula der Köniigschule zu Cöpenick einen „Friedlichen Fuhrmann-Abend“.

Abbruch der Potsdamer Duffischhalle. Laut Friedensvertrag wird sehr mit dem Abbruch der großen Potsdamer Duffischhalle begonnen. Das Dach ist bereits abgenommen; bis zum 1. April muß die Halle vom Erdboden verschwunden sein.

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Freitag, kühl und veränderlich, überwiegend bewölkt mit geringen Niederschlägen und ziemlich frühen westlichen Winden.

